„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing-Director.
(Advertising Rates upon application)

Radikalismus oder klares Denken?

Die tiefbedauerlichen Ereignisse in Estevan, Sask., sowie die auch anderwärts immer deutlicher zu Tage tretenden Anzeichen politischer Unruhe veranlassen uns zu einigen ernsten, aber gutgemeinten Worten.

Der kühle und klare Menschenverstand muß uns sagen, daß der sich überall ausbreitende Radikalismus an der ernsten Wirtschaftslage nichts, aber auch gar nichts zu ändern vermag. Im Gegenteil! Je radikaler, je aufrührerischer und je herausfordernder sich gewisse Kreise gebärden, desto energischer treffen andere ihre Schutz- und Abwehrmaßnahmen, wodurch zur allgemeinen wirtschaftlichen Depression noch eine gereizte politische Stimmung und eine unerträglich werdende Spannung zwischen einzelnen Volksschichten treten. Die weitere Folge davon muß sein, daß das Fundament des Wirtschaftslebens, das jetzt schon auf schwachen Füßen steht, vollständig erschüttert wird. Gewinnen können bei einem großen Zusammenbruch aber nur jene, die als Unruhestifter und Drahtzieher hinter den Kulissen aus sicherem Versteck die Verhetzung betreiben, während die von ihnen irregeführten Leute im Ernstfall die Köpfe hinhalten, die Prügel einstecken, sich totschießen lassen oder hinter Schloß und Riegel wandern dürfen.

Wer die großen Unruhen in anderen Ländern aufmerksam beobachtet oder vielleicht selbst miterlebt hat, weiß, daß die sogenannten Führer der Putsch- und Aufruhrbewegungen in den meisten Fällen sich feig verkrochen haben oder geflüchtet sind, wenn es einmal hart auf hart ging. Die „Führer" trieben ihre betörten Massen vor die Mündungen der Gewehre oder lieferten sie den Gummiknüppeln der Polizei aus, während sie selbst sich im Ernstfalle im Hintergrund hielten, ja sogar noch die verleumdete und gekränkte Unschuld spielten, wenn man sie als die Hauptverantwortlichen an dem angerichteten Wirrwarr oder Blutbad zu brandmarken suchte.

Die zivilisierte Welt sollte in den letzten 13 Jahren genügend Erfahrungen gesammelt haben, um sich über den Wahnsinn und die völlige Zwecklosigkeit eines gewaltsamen Umsturzes der bestehenden Verhältnisse klar geworden zu sein. Wenn irgendwo wirtschaftliche Werte zerstört werden, sind letzten Endes immer wieder die breiten Volksmassen die Leidtragenden. Sie müssen die Zeche bezahlen. Das bestätigen auch die vorurteilslosen Kenner der heutigen Zustände in Rußland. Vor nicht langer Zeit hatten wir Gelegenheit, einen Deutschen zu sprechen, der sich längere Zeit in Rußland und Sibirien aufhielt, um die Verhältnisse im vielgepriesenen Sowjetstaat zu studieren. Er bemühte sich offenkundig, vorurteilslos sich ein klares Urteil über die dortige Lage zu bilden. Er kennt daher die Licht- und Schattenseiten des Sowjetsystems, das nach seiner Ueberzeugung auf einen Staatskapitalismus zusteuert und die kommunistischen Prinzipien mehr und mehr in der Praxis verleugnet. Besonders scharf wandte er sich gegen den Schwindel von der „Diktatur des Proletariats", die nur auf dem Papier existiert. In Wirklichkeit liegt die Herrschaft nicht in den Händen des Proletariats, das rechtloser denn je ist, sondern in den Krallen einiger Parteibonzen, die eine ausgesprochene Parteiherrschaft aufgerichtet haben. Nur ein kleines Beispiel dafür: Während Ausländer und bolschewistische Parteiführer auf den Eisenbahnen ganz elegant und bequem fahren, muß das angeblich „herrschende" Proletariat es sich gefallen lassen, auf den Bahnhöfen tagelang im größten Elend herumzuliegen, bis man den armen Leuten endlich die Fahrkarten ausstellt, die sie zur Fahrt in ganz gewöhnlichen Waggons berechtigen. Haben die armen Bauern und Arbeiter irgendwelche Beschwerden vorzubringen oder drängen sie zu lebhaft auf die Züge zu, so müssen sie sich von ihren beamteten „Genossen" die schlimmsten Grobheiten an den Kopf schleudern und sich unter Umständen sogar noch tätlich mißhandeln lassen. Vielleicht kann nur ein Volk wie das russische sich mit solchen Zuständen einigermaßen abfinden, während die übrige Menschheit gegen ein derart verlogenes, gewalttätiges und heimtückisches System sich auflehnen würde, wenn man das nämliche Sowjetexperiment in anderen Ländern wiederholen wollte.

Diese und ähnliche Dinge, die nicht aus der Luft gegriffen sind, sondern auf unleugbaren Tatsachen beruhen, muß man sich zu Gemüte führen, wenn man Lust zu radikalem Auftreten verspüren sollte.

Soweit wir feststellen konnten, sind unsere deutschen Farmer und Arbeiter in ihrer großen Masse viel zu vernünftig, um sich von ehrgeizigen Verführern und tollen Hetzern die Sinne benebeln zu lassen. An der energischen Ablehnung jedes unsinnigen Radikalismus wollen wir auch in Zukunft festhalten, mögen auch die schweren Zeiten in uns gelegentlich eine empörte oder verbitterte Stimmung erzeugen, was ja menschlich verständlich ist. Wir sind es unserer nationalen Würde als Auslandsdeutsche schuldig, uns nicht von blindwütigen Schreiern einfangen zu lassen. Es mögen Organisationen auftreten, die sich als die patentierten Hüter der Farmer- oder Arbeiterrechte ausgeben. Wir aber wollen sorgfältigst die politischen und wirtschaftlichen Forderungen solcher Verbände prüfen und namentlich ihre sogenannten Führer uns etwas näher ansehen. Gewöhnlich stellt sich nämlich heraus, daß diese „Führer" mehr auf die Befriedigung ihres persönlichen Ehrgeizes und auf die Füllung ihres Geldbeutels ausgehen als sich um das Wohl der hinter ihnen herlaufenden Massen ernsthaft anzunehmen.

Wir, die wir von deutscher Abstammung und deutscher Sprache sind, wissen nur zu gut aus der Ueberlieferung unserer Vorfahren und aus unsern eigenen Erfahrungen in Canada, daß der Aufstieg eines Volkes aus den Tiefen wirtschaftlicher Not nur über den rauhen Pfad ernster Pflichterfüllung, fleißiger Arbeit, gewissenhafter Sparsamkeit und zäher Ausdauer führt. Jeder andere Weg, namentlich aber der Weg des Radikalismus und Aufruhrs, führt uns nicht aufwärts, sondern nur noch tiefer in den Abgrund des Elends und in den Sumpf der Depression.

Dem Völkerbund ins Stammbuch.

Dem Völkerbund und seinem Wirken für die leidende Menschheit widmet ein deutsches Blatt folgende tiefempfundene Zeilen:

„Das Spiel geht nun ins zwölfte Jahr. In diesem Jahrzwölft ist allerlei gelungen. Niemand wird bestreiten, daß der Ausschuß zur Rettung des aussterbenden Walfisches, den die „Societe des Nations" gebildet hat, ganze Arbeit leistete. Auch ein prachtvoller Bericht über den hinterasiatischen Opiumschmuggel gelang nach vierjährigen Kommissionsberatungen vorzüglich. Nebenbei bemerkt: Seine Empfehlungen wurden niemals in die Tat umgesetzt. Aber das liegt an geschäftlichen Einflüssen interessierter Kreise, für die man doch schließlich nicht den Völkerbund verantwortlich machen kann. In Rom entstand, vom Bund ins Leben gerufen, eine internationale Filmprüfstelle und in Paris ein Institut für geistige Zusammenarbeit, worunter natürlich nicht etwa Zusammenarbeit der Geister zur Abrüstung zu verstehen ist oder zum Handelsfrieden, sondern hauptsächlich die Veranstaltung von Diners zu Ehren verdienter Sorbonne-Professoren und Zierden der Academie Française . . .

„In diesem gleichen Jahrzwölft ist die Welt verelendet und verkommen! Bruderkrieg der gelben Rasse, Aufruhr der braunen, Verbluten der weißen. Sie ist aus den Fugen, diese Welt, die sie in Versailles so wunderbar geleimt haben. Und was ihr Mittelpunkt war, seit zweitausend Jahren und etwas darüber: das Stück Europa ist ein Trümmerhaufen. Solange es nur die „Besiegten" anging, na ja . . . Aber heute? Auf seinem geheiligten Throne wackelt das Pfund Sterling, von dessen Stabilität die Wohlfahrt der halben Menschheit abhängt. Die Neutralen ersticken in ihrem eigenen Fett, das ihnen niemand mehr abkaufen kann. Die kleinen Verbündeten im Südosten verfluchen den Segen der Erde und die gute Ernte, die auf den Halmen verdorren mag. Dabei hungern, mit drei oder vier Ausnahmen, sämtliche Großstädte Europas. Genußt und hysterisch pendelt dieser ganze Kontinent zwischen Diktatur und Revolution. Vielleicht wird man sich an Bajonetten sattessen können oder an Karl Marx' sämtlichen Werken, ins Russische übersetzt von der Tscheka. In zwanzig Ländern, die der europäische Betrachter in zwei Monaten sah, formt sich ein einziger, verzweifelter Schrei: So geht es nicht weiter! Wie aber soll es weitergehen?"

Weltumschau

Curtius über den Franzosenbesuch. In einem Interview, das der deutsche Außenminister Curtius dem Vertreter der United Preß gewährte, erklärte er, daß der Besuch Lavals und Briands in Berlin wahrscheinlich eine deutsch-französische Zusammenarbeit zur Folge haben werde. Auch erwartet er, daß andere Nationen sich dem Bestreben auf internationale wirtschaftliche und politische Einheit anschließen werden. Unter anderem ist eine Vereinheitlichung der Schiffahrtstraßen in Aussicht genommen.

„Beide Nationen hoffen, daß die Gründung eines ständigen deutsch-französischen Wirtschaftskomitees eine Lockerung der politischen Spannung und eine Besserung der Wirtschaftslage mit sich bringen wird," erklärte Dr. Curtius. „Als er über die Gerüchte befragt wurde, daß Frankreich und Deutschland übereingekommen seien, mit England und den Ver. Staaten zur Besserung der Schiffahrtsverhältnisse durch eine Vereinheitlichung der Raten zusammenzuarbeiten, führte er folgendes aus:

„Beide Regierungen sind sich darüber im Klaren, daß sie bei der Durchführung ihrer Bestrebungen keine Maßregeln ergreifen dürfen, die für andere Länder nachteilig sind. Auch wissen sie, daß verschiedene wichtige Probleme nicht allein durch deutsch-französisches Zusammenwirken gelöst werden können. Nur weiteres internationales Einverständnis kann in diesen Fällen helfen. Eines dieser Probleme ist die Schiffahrtsfrage."

Der Minister fügte seinen Aeußerungen hinzu, daß die Tätigkeit des deutsch-französischen Komitees nur insofern einen nachteiligen Einfluß auf andere Länder ausüben würde, als sie zur Lösung der Weltwirtschaftskrise beiträgt. Als er gefragt wurde, ob die Gründung des Komitees nur eine Geste darstelle, hinter welcher das Fehlen greifbarerer Resultate verborgen werden soll, erwiderte er: „Schon während unseres eigenen Besuches in Paris und London waren die deutschen und französischen Minister der Ansicht, daß eine Besserung der deutsch-französischen Beziehungen nicht nur wünschenswert, sondern auch erreichbar sei. Wir wußten jedoch auch, daß dieses Ziel nicht auf einen Schlag erreicht werden könnte. Dem Komitee liegt die Aufgabe ob, dieses Ziel erreichbar zu machen."

Die Hamburger Wahlen. Das Ergebnis der Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft, an denen trotz Regenwetters 83 Prozent der Stimmberechtigten teilnahmen, zeigt nach den amtlichen Ziffern, daß der Block der bürgerlichen Parteien, der die sozialdemokratische Regierung der freien und Hansestadt unterstützte, fast die Hälfte seiner Stärke an die radikalen Parteien verloren hat.

Die Nationalsozialisten, die bei den letzten Reichstagswahlen 144,684 Stimmen erhielten, haben diese bei der jetzigen Wahl auf 202,465 erhöhen können. Die Stimmen der Kommunisten stiegen von 135,279 auf 168,618. Dagegen erlitten die Sozialdemokraten mit einem Rückgang von 240,984 auf 214,409 Stimmen eine empfindliche Niederlage.

Von den 160 Sitzen der Bürgerschaft fallen somit 43 an die Nationalsozialisten. Die Kommunisten errangen 35 Sitze, oder 10 mehr als bei der letzten Wahl. Die Deutschnationalen erhielten 9 Mandate und die Sozialdemokraten mußten sich mit 46 begnügen, haben also 15 Sitze verloren. Da die Anhänger Hitlers in der verflossenen Bürgerschaft nur über 3 Mandate verfügten, haben sie somit 40 Sitze gewonnen.

In politischen Kreisen sieht man in dem Ergebnis der Wahlen in erster Linie einen Protest gegen die allgemeine Notlage, die besonders in Hamburg, dessen Schiffahrt darniederliegt, schwer empfunden wird. Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die letzten Wahlen im angrenzenden Oldenburg, das hauptsächlich landwirtschaftlich ist, ein ähnliches Resultat ergeben haben.

Es ist deshalb offenbar, daß die nationalsozialistische Welle trotz aller gegenteiligen Prophezeiungen noch keineswegs zum Stillstand gekommen ist. Hitlers Anhänger dürften in dem Ausgang der Hamburger Wahlen einen Beweis dafür sehen, daß der Volksentscheid in Preußen wegen Beeinträchtigung durch die Regierung kein wahres Bild ergeben hat, und daß die preußische Regierung gegen den Willen des Volkes weiter besteht. Die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Parteien hatten während der Kampagne zur Bürgerschaftswahl eine ausgedehnte Werbetätigkeit entwickelt. Ihre Niederlage schädigt daher das Prestige des Reichskanzlers Brüning und dürfte von seinen politischen Gegnern als Araument für die Behauptung benutzt werden, daß der Kanzler sich nur als Diktator im Amt halten kann.

Die deutsch-französische Kommission. Das Ereignis des Tages (28. Sept.) in Berlin war die feierliche Bekanntgabe, daß eine permanente gemischte Kommission geschaffen wird, um die Wege für den Handel Frankreichs mit Deutschland zu ebnen. Die Ankündigung ist das Ergebnis der zweitägigen Unterhandlungen, die in Berlin der französische Premier Laval und der französische Außenminister Aristide Briand mit dem deutschen Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning und dem deutschen Außenminister Dr. Julius Curtius führten, und erfolgte, nachdem die beiden Franzosen dem Reichspräsidenten von Hindenburg ihren Höflichkeitsbesuch abgestattet hatten.

Die Kommission soll durch Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs die Hebung der Wirtschaftskrise versuchen und dadurch gleichzeitig bessere Beziehungen zwischen den beiden Ländern anbahnen. Die Großindustriellen und die Arbeiterschaft beider Länder werden in der Kommission vertreten sein. Sie soll die Lösung aller Wirtschaftsprobleme zum Zwecke der Erleichterung der Lebensführung in beiden Ländern in Angriff nehmen. Man verspricht sich davon Ergebnisse, die dazu führen werden, daß die beiden Nachbarvölker den langen Hader begraben und sich fortan besser mit einander vertragen werden.

Man hört, daß in den Unterhandlungen, welche der amtlichen Mitteilung vorausgingen, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit großen Stils verabredet wurde, die dadurch zuwege gebracht werden soll, daß Frankreich seinen Ueberfluß an Kapital dazu verwenden soll, dem Ueberfluß an Arbeitskräften in Deutschland Beschäftigung zu verschaffen. Man spricht von Vergebung verschiedener Kontrakte für Brücken- und Stahlbauten in den französischen Kolonien an deutsche Firmen und von französischer Finanzierung einiger der großen Industrien Deutschlands, namentlich von Kohlen- und Eisenbergwerken, Elektrizitätsgesellschaften und chemischen Fabriken, auf strikt geschäftlicher Grundlage.

Die Ankündigung, daß die Kommission geschaffen worden sei, erfolgte im Beisein von Laval und Briand durch den Mund des französischen Botschafters Andre Francois-Poncet vor den versammelten Vertretern der Presse Deutschlands und des Auslandes. In der Mitteilung, welche der französische Botschafter vorlas, hieß es, daß die Kommission sich mit Wirtschaftsproblemen jeglicher Art befassen werde, mit Warenumsatz und sonstigen Handelsfragen, mit Schiffahrt und mit Luftverkehr und zwar ohne daß dabei die Interessen anderer Länder beeinträchtigt werden würden. Die vier Unterhändler seien überzeugt, daß sie den Grund für eine dauernde und ersprießliche Zusammenarbeit Frankreichs und Deutschlands gelegt hätten.

Die deutsche Oppositionspresse ist jedoch anderer Meinung und behauptet, daß es den Franzosen nur um die „friedliche Eroberung" der deutschen Wirtschaft gehe.

Schweiz und deutscher Handel. Zwischen dem deutschen Reichsminister des Aeußern Curtius und dem schweizerischen Bundesrat Motta fanden neulich in Genf Besprechungen über eine etwaige Aenderung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrags statt. Von schweizerischer Seite ist in letzter Zeit mehrfach auf die ständig sich verschlechternde Lage der Schweiz in der Handelsbilanz mit Deutschland hingewiesen worden. Während in den vergangenen Jahren die Handelsbilanz der Schweiz mit Deutschland durchschnittlich mit 240 bis 280 Millionen schweizerischen Franken passiv blieb, dieser Fehlbetrag jedoch in der Zahlungsbilanz durch die Einnahmen aus dem deutschen Reiseverkehr teilweise wieder ausgeglichen werden konnte, sieht die Schweiz in diesem Jahr infolge der gesteigerten Warenausfuhr und infolge des Ausbleibens des deutschen Reisepublikums für das Ende des Jahres einen Fehlbetrag in der Handelsbilanz von annähernd 500 Millionen schweizerischen Franken voraus. Die Schweiz wünscht deshalb, daß die das normale Maß übersteigende deutsche Einfuhr zu den Sätzen des autonomen Zolltarifs verzollt wird, während die normale deutsche Einfuhr wie bisher die handelsvertraglich zugesicherte Behandlung genießen soll. Für den Fall, daß Deutschland auf diese Wünsche nicht eingeht, beabsichtigt die Schweiz, ein Verbot für die das normale Durchschnittsmaß übersteigenden deutschen Waren einzuführen.

Das Vorgehen der Schweiz ist das erste Beispiel dafür, zu welchen Maßnahmen die vollständige Verwirrung der handelspolitischen Lage in den einzelnen Ländern Anlaß geben kann, um die eigene Wirtschaft vor der Notausfuhr Deutschlands zu schützen.

Ende der Völkerbundstagung. Die zwölfte Völkerbundversammlung ging zu Ende. Das einzig Bemerkenswerte an ihr war, daß zweimal die Ver. Staaten ihre Mithilfe leihen mußten, einmal zur Förderung der Abrüstung und das zweite Mal, um der Willkür des japanischen Einfalls in der Mandschurei einen Riegel vorzuschieben. Selbst die optimistischen Völkerbundsleute geben zu, daß mit der Herbeiführung einer Rüstungspause der Welt nur ein Teilerfolg erzielt worden ist, und daß auch dieser Teilerfolg nicht erzielt worden wäre, wenn nicht die Vereinigten Staaten zur Beratung hinzugezogen worden wären und ihr Vertreter, der amerikanische Gesandte in Bern, Hugh R. Wilson, den Vorschlag Italiens gegenüber der Opposition Frankreichs und Japans nicht so eifrig unterstützt hätte. So ist doch wenigstens ein Beschluß zustande gekommen, eine Einstellung der Rüstungen für ein Jahr vom 1. November an eintreten zu lassen, vorausgesetzt, daß die Länderregierungen dazu ihre Zustimmung erteilen.

Der Beschwerde Chinas über den Einfall in die Mandschurei stand der Völkerbundrat vollends gegenüber wie der Greis, der sich nicht zu helfen weiß. Man verhehlt sich nicht, daß erst der Druck, der von Washington ausgeübt wurde, Japan zu der Erklärung bestimmte, daß es seine Truppen aus den mandschurischen Gebieten, die es zu erbeuten trachtete, wieder zurückziehen werde.

Die Weltwirtschaftskrise, welche durch Britanniens Abfall von der Goldwährung noch verschärft wurde, gab zwar den Anlaß zu allerlei Herumgerede in ihren Komitees, aber die Völkerbundversammlung selbst stand ihr untätig gegenüber. Auch diesbezüglich wird hier unverhohlen die Ansicht ausgesprochen, daß an irgend eine gemeinsame Hilfsaktion durch einen Konferenzbeschluß erst zu denken ist, wenn sich Onkel Sam zur Beteiligung an einer solchen Konferenz bereit erklärt. Aber die Ueberzeugung hat sich jetzt Bahn gebrochen, daß die Revision der Schuldzahlungen und Reparationen sehr bald in Angriff genommen werden muß.

Die Session der Völkerbundversammlung ist vertagt, aber der Völkerbundrat bleibt nach wie vor in Sitzung, bis der böse Mandschurei-Zwist irgendwie beigelegt sein wird.

Polnische Hetze gegen Danzig. In letzter Zeit haben polnische Tageszeitungen schwere Angriffe gegen die Danziger Polizei, insbesondere gegen Beamte der Kriminalpolizei und den Polizeipräsidenten, verübt. Unter anderem wurde Danzig vorgeworfen, einen polnischen Deserteur nach Polen geschickt zu haben, um dort Akten zu stehlen. Ferner sei ein Agent des polnischen Nachrichtendienstes in Danzig festgenommen und nach Ostpreußen verschleppt worden. Weiterhin soll ein Danziger Kriminalpolizist eine schöne Polin gedungen haben, um ein Mitglied der polnischen diplomatischen Vertretung zu erschießen, und ihr dafür 50 Danziger Gulden als Gegenleistung versprochen haben. Endlich soll einem Polen namens Dylla, der in Danzig wegen Spionage festgenommen worden war, ein Geständnis über seine Tätigkeit durch mehrtägiges Foltern auf dem Polizeipräsidium erpreßt worden sein.

An all diesen Behauptungen und Vorwürfen ist, wie von amtlicher Danziger Seite kategorisch festgestellt wird, auch nicht ein wahres Wort. Die ganze Aktion stellt augenscheinlich nur ein Manöver dar, um die Aufmerksamkeit von der Angelegenheit Dylla abzulenken. Dieser hat nämlich gestanden, daß er im Auftrag von Mitgliedern der polnischen diplomatischen Vertretung Spionage gegen Deutschland getrieben hat. Die Danziger Regierung hat deswegen schon am 28. August d. J. in einer Note an die polnische diplomatische Vertretung Einspruch erhoben, ohne bisher eine Antwort zu erhalten. Der Zweck der ganzen Hetze ist nach amtlicher Danziger Auffassung nur der, der Danziger Regierung bei den Genfer Verhandlungen Schwierigkeiten zu machen und, wenn möglich, den Polen mißliebige Beamte der Danziger Polizei zu beseitigen. Das Polizeipräsidium hat übrigens Strafantrag gegen die in Frage kommenden polnischen Zeitungen wegen Beleidigung gestellt.

Zuschlagszölle in Italien. Um die in letzter Zeit stark schwankenden Wertnotierungen der italienischen Lira zu stetigen, die Einnahmen und Ausgaben des italienischen Staatshaushalts auszugleichen und möglichst bald einen Fehlbetrag von 553 Millionen Lire (828,000,000) zu beseitigen, setzte die italienische Regierung einen sofort in Kraft tretenden 15prozentigen Zuschlagszoll für fast alle Importwaren an, die davor nicht durch bestehende Handelsverträge bewahrt sind. Für Kohle beträgt der neue Zuschlagszoll nur 10 Prozent.

Petroleum- und Petroleumerzeugnisse werden von der Zollerhöhung besonders schwer betroffen, da für sie gleichzeitig auch eine neue Verbrauchssteuer auferlegt worden ist. Für Gasolin beträgt sie 16 Cents die Gallone; die Abgaben für aus dem Ausland in Italien importiertes Gasolin sind mithin verdoppelt worden. Der mehrmals erhöhte Aluminium-Zoll wurde bereits im vergangenen Monat erhöht. Importiertes Petroleum bezahlt fortan etwas über 2 Cents und Mineralöl etwas unter 4 Cents die Gallone an italienischen Staatsabgaben. Ganz hochgeschraubt ist der Zoll für Radios. Von $45 pro Zentner Gewicht auf $230 und für bessere Geräte sogar auf $280.

Nicht mit einem neuen Zuschlagszoll belegt sind Weizen und andere Getreide, da die Getreidezölle erst jüngst erhöht wurden, ferner Tier- und Pflanzenfette, welche die Industrien verwenden, Metallerze, Edelmetalle in Barrenform oder Münzform und gewisse Chemikalien.

Der Export der Ver. Staaten wird am meisten von den neueingeführten italienischen Staatsabgaben für Petroleumerzeugnisse, Automobile, Aluminium, landwirtschaftliche Maschinen, Setzmaschinen, Rundfunkgeräte und Rundfunkgerät-Teile in Mitleidenschaft gezogen werden.

Unabhängige Mandschurei? Depeschen an die Rengo-Nachrichtenagentur aus Mukden berichten von einer Bewegung, die Mandschurei zu einer von dem eigentlichen China unabhängigen Republik zu machen. Nach denselben Meldungen ist in der Provinz Kirin bereits eine provisorische Regierung errichtet worden. Inzwischen bleibt die Regierung in Tokio dabei, daß Japan seit Besetzung von Städten an der Mandschurischen Südbahn sich in keiner Weise politisch in die Angelegenheiten der Mandschurei eingemischt hat. Japan behauptet, daß es keine Gebietserweiterung in der Mandschurei sucht und daß seine Truppen zurückgezogen werden.

Während der 30jährige Gouverneur der Mandschurei, Chang Hsueh Liang, schon seit drei Wochen krank im Rockefeller-Hospital von Peking liegt, versuchen seine politischen Gegner, ihm die Herrschaft über das reiche Gebiet der 363,000 Quadratmeilen großen Mandschurei mit ihrer Bevölkerung von 25 bis 30,000,000 Personen zu entreißen. General Hsie Sia, der frühere Stabschef der Provinzialregierung von Kirin, soll als Gouverneur von Kirin eingesetzt worden sein. Er hat den Meldungen nach ein eigenes Kabinett und einen eigenen Polizeikommissar ernannt.

Die in Mukden tagende Vereinigung „Die Mandschurei den Mandschus" tritt nach einer Depesche der Rengo-Agentur dafür ein, daß die Mandschurei zu einem unabhängigen Staat mit parlamentarischer Regierung gemacht wird. Die Vereinigung hofft, daß diese Regierung unter Ausschluß von Chang Hsueh Liang in Funktion treten wird, sobald die japanischen Truppen in der Eisenbahnzone zurückgezogen worden sind. Nach anderen Meldungen haben sich die Führer in der Mandschurei gegen den Vorschlag entschieden, eine Monarchie zu errichten.

Die Zeitung „Nichi Nichi" von Tokio erklärt, daß Kan Chao Hsi, der frühere Gouverneur der Provinz Jehol, einer der führenden Geister dieser Bewegung ist, die eine Vereinigung aller Mandschus, Mongolen und Hans unter einer Republik anstrebt. Mukden soll die Hauptstadt dieser Republik werden.

Die ganze Bewegung zur Abtrennung der Mandschurei von China hat durch die kürzlichen militärischen Maßnahmen der Japaner einen neuen Anstoß erhalten.

Der Bolschewismus im Kampf gegen die Geister.

Schon der vorjährige Prozeß gegen den Gründer der spiritistischen Sekte, den deutschstämmigen Dimitry Schulz, die sich „der einzige Tempel" nannte, hatte die ausgesprochene Feindschaft des Bolschewismus gegen jedes spiritistische Experiment an den Tag gebracht, um so mehr als gerade des Agasit Abdullah, in dessen Namen Schulz seine Erklärungen abgab, und der Schulz zum Propheten bestellte, besonderes Wohlwollen an den Tag legte. Denn ihm gelten die bolschewistischen Machthaber als „der böse Feind" und „die Mächte der Finsternis." Schulz mußte seine Beziehung zu den Geistern mit dem Leben büßen.

Etwas vorsichtiger war in dieser Hinsicht der bekannte spiritistische Schriftsteller Conan Doule. Er schob die Abfassung des Werkes, in dem er sich mit Lenins Geist trifft und ihn konsultiert, bis zum Ende seines Lebens hinaus und ließ es erst nach seinem Tode erscheinen. Das Werk trägt den Titel „Auf der Schwelle des andern Lebens" und bringt als besondere Sensation eine Geistesbeschwörung Lenins, der dem großen spiritistischen Schriftsteller den Gefallen erweist, wirklich in einer spiritistischen Sitzung zu erscheinen.

Es nimmt nicht Wunder, daß Lenin vom Gestade der Ewigkeit die Dinge anders beurteilt als wie zu Lebzeiten und als wie seine beschränkten Nachfolger und Erben. Lenins Offenbarungen sind ein fortgesetzter Neuakt über alle Fehler seines Lebens und erschütternde Selbsterkenntnisse, die freilich zu spät jetzt gereift sind.

Es ist ohne weiteres klar, daß ein Buch, wie das genannte, schon von Natur aus auf dem bolschewistischen Index verbotener Bücher erscheinen muß, zuerst weil Lenin überhaupt keinen Geist haben darf und zweitens, weil, wenn er einen hätte, dieser auch in der Ewigkeit die Leninsche (Stalinsche) Linie einzuhalten hätte und nicht durch Neuakte und Selbsterkenntnisse diese Linie auf einmal verbiegen dürfte.

Frankreichs Schuld an der Depression

Reparationen müssen revidiert werden, ehe Erholung möglich ist.

Washington. — Die Erklärung, „daß eine Prüfung der deutschen Reparations-Zahlungen notwendig sei, ehe die auf der ganzen Welt herrschende Depression verschwinden werde," wurde von dem Repräsentanten George J. Schneider, dem unabhängigen Republikaner von Wisconsin, abgegeben.

Als Schneider nach Washington zurückkehrte, nachdem er den Sommer in Europa verbracht hatte, erklärte er, daß „Frankreichs Beharren auf den deutschen Reparationszahlungen viel zu der Depression beigetragen habe."

„Das Zögern Frankreichs," erklärte er, „das Hoover-Moratorium anzunehmen, verzögerte Deutschlands Fortschritt zur Erholung. Die Zustände in Deutschland sind schlimmer, als es oberflächlich den Anschein hat. Ich glaube, die von Frankreich verlangten Reparationszahlungen sind für die Lage verantwortlich, doch sorgt sich Frankreich jetzt über das Abgehen Englands von der Goldwährung."

„England wird sich wieder erholen, da es die Goldwährung beiseite geschoben hat, doch wird der Fortschritt nicht sehr schnell sein. Die skandinavischen Länder, die durch Englands Haltung zur Aufgabe der Goldwährung gezwungen wurden, werden jetzt zu leiden haben."

Störungen in Moskaus Landwirtschaftsplan.

Moskau. — Die amtliche sozialistische Ackerbauzeitung erhebt die Beschuldigung, daß eine Reihe von staatlichen landwirtschaftlichen Betrieben mit der Ablieferung ihrer Produkte im Rückstande bleiben und einen übergroßen Teil ihrer Ernten für eigene Zwecke zurückbehalten. Die Zeitung verlangt von der Regierung exemplarisches Einschreiten.

Den betreffenden Farmern wird zur Last gelegt, daß sie durch verschwenderischen Eigenverbrauch und Ansammeln von Getreide den Fünfjahr-Plan schädigen. Die staatlichen Farmen von Mayark, Wolzjkaya und Komuna sollen tausende von Zentnern Getreide angehäuft und ihre Verpflichtungen nach dem September-Plan nicht erfüllt haben.

Ein anderer Betrieb soll 1100 Hektar (2718 Acker) weniger Land bebaut haben, als offiziell an die Regierung berichtet wurde. Er soll außerdem um 85 Prozent in dem vorgeschriebenen Programm zurück sein. Die staatliche Farm von Kashitin hat angeblich 1000 Zentner Leinsamen zurückbehalten.